



Demokratie und Zusammenhalt | 07.2025

Arbeitsplatz Bundestag: Reformbedarf im Maschinenraum der Demokratie

Finn Heinrich und Carlo Greß

Kein Job wie andere: Die Anforderungen an Bundestagsabgeordnete sind hoch und die Erwartungen der Bürger:innen an ihre politischen Repräsentant:innen steigen. Wie blicken Abgeordnete, die vor kurzem aus dem Parlament ausgeschieden sind, auf die Wirkmöglichkeiten und praktischen Herausforderungen ihrer parlamentarischen Arbeit? Dreißig Tiefeninterviews mit ausscheidenden Parlamentarier:innen aus unterschiedlichen Fraktionen lassen erkennen: Auch wenn sich das Parlament in seinem Kern als handlungsfähig erweist, ist es an der Zeit, die Rahmenbedingungen der Parlamentsarbeit zu verbessern. Neben der Optimierung parlamentarischer Abläufe sollte insbesondere die Unterstützungsstruktur für die Abgeordneten ausgebaut werden. Das würde es unseren Volksvertreter:innen erlauben, mehr Zeit für die Gestaltung konkreter Politik zu verwenden und damit die repräsentative Demokratie zu stärken.

1. Blick hinter die Kulissen des Bundestages

Wie steht es um unsere parlamentarische Demokratie? Welche Rollenerwartungen müssen Abgeordnete heute erfüllen und unter welchen Bedingungen

findet ihre Arbeit im Parlament statt? Zunehmend werden diese Fragen auch öffentlich diskutiert. Denn es besteht Handlungsbedarf: Immer weniger Bürger:innen blicken positiv auf Parlament, Parteien und Politiker:innen. Beim Eurobarometer 2024 gab nur eine Minderheit von 42 Prozent aller Befragten

in Deutschland an, dem deutschen Parlament zu vertrauen¹. Sechs Jahre vorher waren es noch knapp 60 Prozent.² Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass das für die repräsentative Demokratie zentrale Verhältnis zwischen Wähler:innen und Abgeordneten belastet ist. Auch deswegen werden immer wieder alternative Modelle ins Spiel gebracht, die die zentrale Funktion des Parlaments ersetzen wollen – sei es durch Expert:innen, durch direkte Entscheidungen der Bürger:innen oder eine dominante Exekutive. Solche Ansätze finden in der Bevölkerung wachsende Zustimmung (Best et al. 2023).

Innerhalb des Politikbetriebs mehren sich ebenfalls die Krisenzeichen: In der letzten Legislaturperiode gaben viele Abgeordnete ihr Mandat zurück oder entschieden sich, nicht mehr zu kandidieren. Einige bekannte Persönlichkeiten üben öffentlich Kritik, sprechen über belastende Arbeitsbedingungen, eine immer aggressivere politische Kultur und mangelnde Selbstwirksamkeit. Damit stoßen sie auf ein großes Medienecho.³ Der Job als Bundestagsabgeordnete:r, ausgestattet mit der besonderen Verantwortung, in Vertretung des Volkes weitreichende Entscheidungen zu treffen, scheint für viele stark an Attraktivität eingebüßt zu haben.

Um einen systematischen Überblick über die praktischen Herausforderungen parlamentarischer Arbeit im Bundestag zu erlangen und mögliche Verbesserungen zu identifizieren, haben wir für diese Studie 30 Tiefeninterviews mit kürzlich freiwillig ausgeschiedenen beziehungsweise mit der vorgezogenen Neuwahl 2025 ausscheidenden Mitgliedern des Bundestages (MdBs) geführt (siehe Infobox, S. 3). Dass sich viele Abgeordnete entschlossen haben, den Bundestag zu verlassen, bietet eine einzigartige Gelegenheit: Aktive Abgeord-

nete können aufgrund ihres Mandats und ihrer Ämter nur eingeschränkt Kritik üben, zudem stecken sie mitten im parlamentarischen Alltagsbetrieb, in dem sie zurecht- und vorankommen wollen, anstatt sich mit dessen Hürden und Herausforderungen zu beschäftigen. Ausgeschiedene Abgeordnete haben hier einen freieren Blick und verfügen zudem meist über jahrelange Erfahrung.

Bei der Interpretation der hier vorgestellten Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass alle Gespräche einen bewusst explorativen Charakter hatten. Die einzelnen Abgeordneten haben ihre eigenen Schwerpunkte gesetzt, die nicht ohne Weiteres verallgemeinert werden können. In ihrer Gesamtheit liefern die Gespräche gleichwohl einen facettenreichen Einblick in die Motivationen und Ziele der Abgeordneten sowie die Schwierigkeiten, die ihnen begegnen.

Um diese individuellen Erfahrungen anschaulich zu machen, zitieren wir in dieser Studie an vielen Stellen mit Zustimmung unserer Interviewpartner:innen direkt aus den Interviews. Dabei ergibt sich ein Selbstbild von stark intrinsisch motivierten, verantwortungsvollen und belastbaren Abgeordneten, die sich oft im Einzelkämpfer-Modus befinden und sich dabei immer wieder als wirksam und produktiv erleben. Dieses Selbstbild erweist sich jedoch, wie die Interviews ebenfalls deutlich machen, als zunehmend fragil: Die MdBs sprechen häufig die überhöhten Erwartungen, die enormen Belastungen, die teils ineffizienten Arbeitsbedingungen und die oft fehlende Unterstützung an. Auch eine raue politische Kultur, verbale Angriffe im (digitalen) öffentlichen Raum sowie eine eingeschränkte Gestaltungsmacht, insbesondere in der Opposition, kommen zur Sprache.

1 Europäische Kommission (2024). *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union: Standard Eurobarometer 102, Herbst 2024 – Ergebnisse* (Anhang). Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/8e8b56d8-fa3d-11ef-b7db-01aa75ed71a1>

2 Europäische Kommission (2018). *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Nationaler Bericht Deutschland: Standard Eurobarometer 90, Herbst 2018* (Bericht). <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2215>

3 Minkmar, N. (2025, 25. April). *Politik als Beruf: Wer soll sich das antun?* Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/politik-beruf-angriffe-kevin-kuehnert-li.3240870?reduced=true>

Medick, V., & Hollstein, M. (2024, 27. März). *SPD-Politiker Michael Roth macht Schluss: „Ich spüre eine innere Distanz zum Betrieb“.* Stern. <https://www.stern.de/politik/spd-politiker-michael-roth-will-aufhoeren---hier-erklaert-er-warum-34573178.html>

Poschardt, U. (2024, 9. Oktober). *Kevin Kühnert: Politik darf nicht nur das Geschäft der harten Hunde und zähen Biester werden.* WELT. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus253886792/Kevin-Kuehnert-Politik-darf-nicht-nur-das-Geschaeft-der-harten-Hunde-und-zaehen-Biester-werden.html>

Holl, T. (2024, 19. November). *Rückzug von Marco Wanderwitz: Vor dem Hass resigniert* [Kommentar]. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rueckzug-von-marco-wanderwitz-vor-dem-hass-resigniert-110121261.html>

Konkrete Lösungsvorschläge, wie sich ihre individuelle Situation, die parlamentarischen Verfahren sowie insgesamt die Resilienz der parlamentarischen Demokratie verbessern ließen, formulieren die ehemaligen Abgeordneten selten. Auch werden nur vereinzelt Forderungen nach einer besseren Unterstützung durch Fraktionen, Bundestagspräsidium oder die Bundestagsverwaltung laut. Stattdessen sehen die Abgeordneten sich selbst und ihre Kolleg:innen in der Pflicht, einen produktiven Umgang mit den bestehenden Rahmenbedingungen zu finden.

Diese Studie will für diese spannungsreiche Situation, in der sich unsere Volksvertreter:innen sehen, sensibilisieren und eine Debatte über konkrete Verbesserungsbedarfe und deren Umsetzung anstoßen. Förderliche Rahmenbedingungen für maßgebliche Akteur:innen in unserem politischen System erleichtern nicht nur deren Arbeit, sondern stärken auch die repräsentative Demokratie und liegen damit in unser aller Interesse.

2. Der Arbeitsalltag im Parlament

Der parlamentarische Arbeitsalltag von Bundestagsabgeordneten ist stark von institutionalisierten Prozessen und Strukturen geprägt. Im Kern steht das

politische Mandat, das Präsenz in Plenar-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen erfordert. Aber auch zahlreiche administrative Aufgaben, die mit dem Betrieb von Bundestags- und Wahlkreisbüros verbunden sind, prägen den Arbeitsalltag der Abgeordneten. Ihr Blick auf das parlamentarische Alltagsgeschäft ist ambivalent: Verbesserungsbedarf erkennen die Befragten vor allem bei vielen Verwaltungsprozessen, während sie die Zusammenarbeit mit Parlamentarier:innen aus anderen demokratischen Parteien überwiegend als konstruktiv und professionell erleben. Fraktionsübergreifend wird dabei vor allem die sachorientierte Ausschussarbeit, gerade im Vergleich zu den von Auseinandersetzung geprägten Plenardebatten, hervorgehoben:

Die echte Feinarbeit findet zwischen den Berichterstattern statt. Die sitzen dann Abende, Tage zusammen – das ist politische Kompromissbildung, wie sie sein soll.

Hans-Jürgen Thies, CDU

Das ist eine tolle Zusammenarbeit, sowohl innerhalb der Fraktion als auch mit anderen Fraktionen. Wenn es inhaltlich um die Sache geht und man strategisch vorgeht, hat das schon gut funktioniert. Da bin ich wirklich zufrieden.

Leni Breymaier, SPD

Methodik der Studie

Für die Stichprobe dieser Studie kamen alle Bundestagsabgeordneten der 20. Wahlperiode (2021 bis 2025) infrage, die ihr Ausscheiden vor der Bundestagswahl 2025 öffentlich angekündigt hatten oder bereits vorzeitig freiwillig aus dem Parlament ausgeschieden sind. Insgesamt wurden 151 Abgeordnete aller von 2021 bis 2025 im Bundestag vertretenen Fraktionen identifiziert. Diese Abgeordneten wurden vom Forschungsteam ab Januar 2025 schriftlich oder telefonisch über die Abgeordnetenbüros darum gebeten, an der Studie teilzunehmen. Jede Person wurde mindestens zwei Mal kontaktiert und zu den Interviews eingeladen. Insgesamt hat das Forschungsteam 30 ausgeschiedene Abgeordnete interviewt (16 Frauen, 14 Männer). Die Verteilung auf die Fraktionen war wie folgt: SPD: 12, CDU/CSU: 9, Bündnis 90/Die Grünen: 5, FDP: 3, Die Linke: 1. Aus der AfD-Fraktion konnten keine ausscheidenden Abgeordneten für die Studie gewonnen werden.

Mit der Durchführung der Interviews wurde das Forschungs- und Beratungsunternehmen pollytix strategic research GmbH beauftragt. Zum Einsatz kam dabei ein gemeinsam von Bertelsmann Stiftung und pollytix erarbeiteter Leitfaden: Im ersten Teil der Interviews standen die persönlichen Beweggründe und die Umstände des freiwilligen Ausscheidens aus dem Bundestag im Mittelpunkt. Der zweite Teil zielt auf das persönliche Rollenverständnis von Bundestagsabgeordneten. Im dritten Teil ging es um die Funktionsweise des parlamentarischen Regierungssystems. Alle Aussagen konnten grundsätzlich auch anonym getätigten werden. Alle zitierten Personen sind mit der Veröffentlichung einverstanden. Die wenigen nicht freigegebenen Zitate wurden anonymisiert. Die Interviews dauerten zwischen 45 und 75 Minuten. Pollytix fertigte auf Basis einer strukturierten qualitativen Analyse der transkribierten Interviews einen Ergebnisbericht an. Dieser Policy Brief basiert auf dem ausführlichen Ergebnisbericht und wurde durch weitere Recherchen angereichert.

Schutträume für konstruktive Zusammenarbeit

Während in der Vergangenheit die meisten Ausschüsse hinter verschlossenen Türen tagten, erweiterte die Ampel-Regierung die Zahl der öffentlich tagenden Ausschüsse. Nach Ansicht der Befragten gingen damit jedoch wichtige geschützte Räume verloren, die sie als wesentlich für eine konstruktive Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg ansehen. Das mag überraschen, da in der öffentlichen Debatte die Stärkung der Demokratie häufig mit dem Wunsch nach mehr Transparenz verbunden ist und kaum etwas einen so schlechten Ruf hat, wie das sprichwörtliche „Hinterzimmer“. Jedoch verdeutlichen die Interviews, dass ein sachorientierter parlamentarischer Diskurs und eine überparteiliche Kompromissfindung sich offenbar vor allem dort entfalten können, wo nicht der Druck vorherrscht, sich einem öffentlichen Publikum präsentieren zu müssen. Die populistische Instrumentalisierung von Sachdebatten findet nach Einschätzung der Befragten in der vertraulichen Ausschussarbeit ebenfalls weniger Raum, auch sie hat ihren Platz vor allem im öffentlichen Diskurs.

Ich finde es gut, wenn Ausschusssitzungen nicht-öffentlicht stattfinden. Weil es dann einen geschützten Raum gibt, wo Leute keine Schaufenderreden halten und wo man auch gesichtswahrend im Diskurs probiert, eine Position zu entwickeln.

Tobias Lindner, Bündnis 90/Die Grünen

Ich war früher immer ganz klar für öffentliche Ausschusssitzungen. Es war halt so, dass die AfD sich in den nicht-öffentlichen Ausschüssen kaum zu Sachfragen geäußert hat. Wenn jetzt aber die Kamera mitläuft, sieht das ganz anders aus und die versuchen nur noch die Debatte zu polarisieren.

Cansel Kiziltepe, SPD

Die in unserer Studie häufig formulierte Sorge, dass öffentliche Ausschusssitzungen durch strategische Fraktions- und Parteiinteressen vereinnahmt werden können, spiegelt sich auch im Vorhaben der Parlamentsmehrheit von CDU/CSU und SPD wider, die Anzahl der öffentlichen Sitzungen wieder stark zu reduzieren. Im Rahmen der Parlamentsmodernisierung sollte geprüft werden, wie eine gute Balance zwischen Transparenzansprüchen und geschützten Diskursräumen gefunden werden kann – etwa durch eine zeit-

nahe Veröffentlichung der Ausschussprotokolle und Dokumente sowie der Zulassung der Öffentlichkeit bei relevanten Tagesordnungspunkten.

Ineffiziente Abläufe und fehlende Digitalisierung

Bei einem Thema sind sich die befragten Ex-Parlamentarier:innen einig: Sie wünschen sich zeitgemäße digitale Lösungen und schlanke zielführende Prozesse im Parlament. Umständliche Abläufe, zu volle Tagesordnungen, häufige Terminkollisionen und unzureichende Digitalisierung kosteten zu viel Zeit und Aufwand.

Die Prozesse dauern ewig. Ich muss mich erstmal intern einigen, spreche dann mit allen beteiligten Fachleuten meiner Fraktion. Dann renne ich weiter, dann kommt der Text vielleicht mal so weit, dass er in der Koalition besprochen wird. Und dann kommt er wieder zurück zu mir mit Input aus den anderen Fraktionen. Dieser Abstimmungsirrsinn, was da an Zeit verdumpmt wird. Und hinter jedem Abgeordneten sitzt eine Mitarbeiterin, die immer alles protokollieren muss [...] und dann kommen noch Ministerien ins Spiel. Das dauert manchmal wirklich elendig lange.

Leni Breymaier, SPD

Dann kriegen wir Freitag vor den Haushaltseratungen nicht-maschinenlesbare, tausend Seiten lange PDF-Dokumente – wo nicht einfach ein Kapitel alles zu Digitalisierung enthält, sondern alles, was uns im Ausschuss betrifft, über tausende Seiten an unterschiedlichen Stellen verteilt ist. Und ich kann das nicht mal richtig durchsuchen. Das ist krass.

Anke Domscheit-Berg, Die Linke

Die Interviews zeigen, dass es bei der Digitalisierung von Parlamentsprozessen weiteren Verbesserungsbedarf gibt, vor allem im Hinblick auf mehr Effizienz in den zeit-aufwendigen Bereichen Ausschussarbeit und Gesetzgebung. Hier kann an aktuelle Überlegungen zur Reform des Gesetzgebungsverfahrens angeknüpft werden.⁴

Mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Mandat

Aber nicht nur die technischen Voraussetzungen haben einen Einfluss darauf, wie gut es den Abgeordneten gelingt, ihr Mandat auszuüben. Eine wirksame Mandatsausübung und die damit verbundenen Abläufe

⁴ Peuker-Minecka, M. (2025, 3. April). Was wäre, wenn wir bessere Gesetze schreiben würden? Re:Form Staat <https://reform-staat.org/blog-gesetzgebung/>

im Bundestag hängen in großem Maße von der persönlichen Situation – und insbesondere vom gelebten Familienmodell – ab.

*Menschen, die ganz normal im Leben stehen und den Anspruch haben, sich als Mann um ihre Kinder zu kümmern oder als Frau sagen, ich will welche haben, die gehen auf dem Zahnfleisch. Es gibt kaum Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Abends um 22 Uhr gibt es noch namentliche Abstimmungen und in der Früh um 7 muss man wieder im Ausschuss sitzen. **Anonymous***

Anknüpfend an die Vorschläge der Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit (Deutscher Bundestag 2023, S. 29) sowie internationaler Erfahrungen (Johnstone 2024) sind Anpassungen parlamentarischer Abläufe zentral, um den politischen Betrieb familienfreundlicher zu gestalten. Dazu zählen eine bessere Kinderbetreuung, familienfreundliche Sitzungszeiten, Regelungen zur Elternzeit und elektronische Abstimmungsmöglichkeiten.⁵ Ähnliche und teilweise konkretere Vorschläge finden sich auch in den Interviews wieder.

“
Der parlamentarische Betrieb muss familienfreundlicher werden. Erste kleine Schritte wären zum Beispiel weniger Doppelsitzungswochen und keine namentlichen Abstimmungen nach 20 Uhr mehr.

Yvonne Magwas, CDU

Trotz aller Kritik betonen die Interviewten, dass eine hohe Arbeitsbelastung zum Berufsbild gehöre und ein akzeptierter Teil des parlamentarischen Systems sei. Viele Parlamentarier:innen stellen sich daher von vornherein darauf ein und versuchen diese durch verstärkten persönlichen Ressourceneinsatz zu kompensieren.

Man muss bereit sein, viel zu arbeiten, wenn man was erreichen will. Und das heißt eben kein Acht-Stunden-Tag, keine freien Wochenenden. [...] Ich glaube, das weiß man aber vorher und man stellt sich darauf ein.

Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen

Zum Preis gehört eben, dass du ständig im Überstundenmodus bist.

Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen

Betont wird zudem, dass auch auf den ersten Blick ineffizient wirkende Prozesse wichtiger Teil von demokratischer Entscheidungsfindung seien.

Auch Demokratie muss so effizient sein, dass sie mit den Entwicklungen der Zeit Schritt hält. Sie muss aber nicht wie ein Unternehmen organisiert sein. Das ist etwas anderes. Wir arbeiten hier nicht gewinnorientiert. Die Demokratie und im Speziellen der parlamentarische Betrieb hat die Besonderheit, dass in ihm unterschiedliche Gruppen arbeiten, die von völlig unterschiedlichen Wegen überzeugt sind, wie man zu einem besseren Ziel kommt. Das heißt, die reiben sich die ganze Zeit aneinander, was man im Idealtyp einer effizienten Maschine als hinderlich betrachten würde, weil das ja ein Kraftverlust ist, der da stattfindet. Nur in unserem Sonderfall ist genau das ja eigentlich das Salz in der Suppe.

Anonymous

Weder unterschätzen die Befragten die notwendige Anstrengung, die mit dem Amt verbunden ist, noch plädieren sie für eine allein auf Effizienz getrimmte parlamentarische Kultur. Ganz im Gegenteil: Sie wünschen sich mehr Teilhabe sowie mehr Raum für die inhaltliche Vorbereitung und Auseinandersetzung mit zentralen politischen Fragestellungen. Dazu tragen bessere Prozesse und Strukturen bei, die die unterschiedlichen Lebensmodelle von Abgeordneten berücksichtigen.

“
An solche Dinge müsste man mal ran: Tagesordnungen, die Art, wie Debatten geführt werden, der Zeitpunkt von Abstimmungen, die Digitalisierung des Parlaments, bei der immer noch deutlich Luft nach oben ist. Wenn man das hinbekommt, ist schon eine Menge geschafft.

Tobias Lindner, Bündnis 90/Die Grünen

⁵ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (2025, 2. Juni). *Promoting inclusive participation in parliamentary life: Gender equality, accessibility and inclusive policies* (Doc. 16183). Council of Europe. <https://pace.coe.int/en/files/34323/html>, siehe auch Johnstone (2024)

3. Debattenkultur und Öffentlichkeit

Die parlamentarischen Prozesse bestimmen den Arbeitsalltag von Bundestagsabgeordneten maßgeblich und unmittelbar. Eingebettet sind diese in eine breitere politische und gesellschaftliche (Debatten-)Kultur, sowohl im Parlament als auch im zivilgesellschaftlichen Raum, insbesondere in den Medien. Sie beruht auf Regeln (wie der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages), sie gründet aber auch in geteilten Vorstellungen davon, wie ein guter und respektvoller Umgang miteinander aussieht. Diese demokratische politische Kultur ist zentral für ein arbeitsfähiges Parlament und konstruktive Entscheidungsfindungen über Parteidgrenzen hinweg.

Indes ist der Umgang im Parlament rauer und unfreundlicher geworden. Es wird verbal angegriffen, laut gestört und mitunter persönlich beleidigt (Maurer & Jost 2020). Immer häufiger muss das Präsidium eingreifen und Ordnungsrufe erteilen⁶. Viele der von uns befragten Abgeordneten teilen diesen Eindruck: Sie berichten von einer abnehmenden Qualität von Plenardebatten und einem ungesunden medialen Druck.

Ich habe es eher als ungesund für eine politische Debatte empfunden. Diese permanente Echtzeitüberwachung und Kommunikation – ich würde schon so weit gehen, dass das ein Problem für die Demokratie ist. Weil es auch der Kompromissfindung und der Erklärung von Kompromissen entgegensteht.

Falko Mohrs, SPD

Das war teilweise absurd. Da ist in einer gesundheitspolitischen Debatte unzählige Male das Wort Migrant gefallen. Und da ging es um die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Da ist die Debattenkultur schon deutlich schlechter geworden.

Michael Hennrich, CDU

“

Natürlich wird es härter und (...) respektloser, direkter, ohne Grenzen.

Cansel Kiziltepe, SPD

“

Die meisten befragten Ex-Parlamentarier:innen führen den veränderten Stil vor allem auf das Auftreten der AfD-Fraktion zurück.

Die Zwischenrufe aus der AfD sind in der Regel frauenfeindlich, fremdenfeindlich und total herablassend gegenüber unserem Land, unserer Demokratie.

Nadine Schön, CDU

Eine schärfere Sanktionierung von Ordnungsverletzungen durch höhere Ordnungsgelder hatte die Amel-Regierung in der vergangenen Legislaturperiode bereits mit einem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung angestoßen. Zur Umsetzung kam es jedoch nicht mehr (Deutscher Bundestag 2024). Auch die aktuelle schwarz-rote Regierung möchte schärfer gegen Ordnungsverletzungen im Parlament vorgehen.⁷

Auch außerhalb des Parlaments erleben Abgeordnete vermehrt Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe. Insgesamt herrscht Uneinigkeit und Ratlosigkeit darüber, wie damit umgegangen werden soll. Das gilt vor allem für neue Abgeordnete.

Neuere Abgeordnete, die nicht so lange dabei sind, sich nicht auskennen, haben natürlich das Problem: Wie sperre ich meine Adresse? Was mache ich für meine Sicherheit zu Hause? [...] Wie lebe ich eigentlich in Regionen, in denen die AfD 40 Prozent hat? [...] Wenn man Parlamentarismus oder öffentliche Ämter erhalten will, muss man sich mehr überlegen, wie man da überhaupt die Möglichkeit gibt, dass Abgeordnete sich frei bewegen und nicht in ihrem Wahlkreis Bereiche haben, wo sie sich gar nicht hintrauen.

Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen

⁶ Focus Online (2024, 22. März). AfD bei Ordnungsrufen meilenweit vorne – welcher Politiker die meisten kassiert. https://www.focus.de/politik/deutschland/mit-zweierlei-mass-gemessen-zahl-der-ordnungsrufe-im-bundestag-eskaliert-afd-ist-einsame-spitze_id_260762677.html

⁷ Deutschlandfunk (2025, 12. September). Regelverstöße im Bundestag sollen teurer werden – Zahl der Ordnungsrufe seit AfD-Einzug deutlich gestiegen. <https://www.deutschlandfunk.de/regelverstoesse-im-bundestag-sollen-teurer-werden-zahl-der-ordnungsrufe-seit-afd-einzug-deutlich-ges-100.html>

Die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den Abgeordneten finden immer weniger in geschützten Räumen statt; sowohl innerhalb des Parlaments als auch in der medialen Öffentlichkeit sind die Abgeordneten vermehrt direkten, konfrontativen Auseinandersetzungen ausgesetzt, die oft populistisch ausgeschlachtet werden und zusätzlichen Stress verursachen. Allerdings dient das effektive Bespielen der Sozialen Medien, besonders durch zugesetzte Botschaften, auch der eigenen Präsenz in der Öffentlichkeit und damit der Wirksamkeit der eigenen Arbeit. Dies geht nicht nur mit großem Zeitaufwand einher, sondern erfordert auch viel Fingerspitzengefühl, wie man als Politiker:in in diesem dynamischen und komplexen Umfeld die Kontrolle über die eigene Darstellung behält, Reichweite erzielt und sich gleichzeitig gegen persönliche Anfeindungen wappnet.

Es geht ja nicht mehr darum, was du sagst, sondern wie schnell du's sagen kannst – und ob es in 30 Sekunden auf Twitter funktioniert. Das erzeugt einen enormen Druck.

Sylvia Lehmann, SPD

4. Selbstwirksamkeit in einem komplexen Umfeld

“

Neben der Verantwortung, Herausforderung, Zeit ist es aber auch ein ganz besonderer Job. [...] Wenn man damit umgehen kann, kurz- und mittelfristig, aber auch über Jahre denkt, wenn man Prozesse oder Entscheidungen verändern will, dann hat das eine hohe Selbstwirksamkeit.

Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen

“

Wie in vielen anderen Berufsfeldern stellt sich auch für Parlamentarier:innen die Frage, wie gut sie ihre Ziele erreichen, wie wirksam also ihr Tun in ihrer Rolle als Abgeordnete ist. Aufgrund der Einbettung in kollektive und hierarchische Strukturen (Fraktionen, Parteien) sowie in stark institutionalisierte Verfahren (Parlament) ist diese Frage nicht leicht zu beantworten. Dennoch greifen viele Interviewpartner:innen dieses Thema

auf – verständlicherweise, denn im Rückblick auf eine berufliche Phase zieht man gerne Bilanz. Ihre Rückmeldungen zeigen, dass die wahrgenommene Selbstwirksamkeit viel mit dem individuellen Rollenverständnis, der Dauer der Parlamentszugehörigkeit sowie der Zugehörigkeit zur Regierungs- oder Oppositionsfaktion zu tun hat.

Generell nehmen Abgeordnete drei zentrale Funktionen wahr: (1) **Repräsentation** der Interessen und Anliegen der Wähler:innen der Partei beziehungsweise des Wahlkreises, (2) **Mitarbeit an der Gesetzgebung** sowie (3) **Kontrolle des Regierungshandelns** – letztere insbesondere, aber nicht nur im Fall von Oppositionsabgeordneten.

Viele Abgeordnete heben die Repräsentationsfunktion und generell ihre Ansprechbarkeit gegenüber den Anliegen der Bevölkerung hervor. Häufig beschreiben sie den schwierigen logistischen Spagat zwischen der Parlamentsarbeit in Berlin und der Wahlkreisarbeit vor Ort, unterstreichen aber auch die Bedeutung, die der Austausch mit den Bürger:innen über ihre Lebensrealität und damit die konkreten Wahlkreisarbeit für ihr Selbstverständnis als Abgeordnete hat.

Ich rotiere zwischen Berlin und meinem Wahlkreis im Vogtland. Der Wahlkreis ist von der Fläche auch sehr groß, ich brauche da anderthalb Stunden, um vom Norden in den Süden zu kommen.

Yvonne Magwas, CDU

Ich war für fünf Wahlkreise zuständig. Einer davon größer als das Saarland. Ohne Auto, mit schlechtem Nahverkehr. Das war einfach nicht zu schaffen – und trotzdem gab es Beschwerden: Warum warst du nicht auf der Mitgliederversammlung? Warum nicht auf dem Parteitag? Ich war einfach schon über dem Limit.

Anke Domscheit-Berg, Die Linke

Doch auch hier sehen einzelne Abgeordnete Anzeichen für einen tiefgreifenden Wandel in der politischen Kultur: Die Erwartungshaltungen vieler Bürger:innen an die Problemlösungskompetenzen von Politik seien teils drastisch gestiegen, zugleich sinkt das Verständnis für die Bedeutung von inhaltlichen Auseinandersetzungen, Aushandlungsprozessen und Kompromissen zwischen den Parteien.

Ich habe das schon so wahrgenommen, dass es in manchen Regionen die Erwartung gibt, dass die Politik der Universalproblemlöser für alle Widrigkeiten im Alltag ist. Ich glaube, viele Abgeordnete können auch bis auf die Mikroebene im Wahlkreis ein Lied davon singen. [...] Manchmal sitzt man da und denkt sich: Wenn jetzt der nächste reinkommt und sagt: „meine Waschmaschine ist kaputt, können Sie da mal was machen?“, würde es mich nicht mehr wundern.

Anonym

Die Befragten haben dem wenig entgegenzusetzen, außer für das Modell der repräsentativen Demokratie zu werben und Haltung zu zeigen. Der Fokus auf den herausfordernden Parlamentsalltag führt dazu, dass sie kaum strategische Überlegungen entwickeln, wie mit diesem fortschreitenden Vertrauensverlust umzugehen wäre.

Auch gegenüber den stark ausgestatteten Bundesministerien nehmen einige Befragte einen schleichenden Machtverlust des Parlaments in seiner zentralen Kontrollfunktion wahr. Die als asymmetrisch empfundene Ressourcenausstattung, vor allem im Hinblick auf Informationszugang und personelle Kapazitäten, bewirkt, dass das Parlament gegenüber der Regierung strukturell unterlegen ist. Besonders kritisch bewertet wird dabei die Praxis kurzfristiger Fristsetzungen und mangelnder Transparenz in Gesetzgebungsverfahren, die die parlamentarische Kontrolle teilweise erheblich erschwert.

“An dem Tag, wo Sie nicht mehr Teil einer Regierungsfraktion sind, wird Ihnen der Stecker gezogen. Sie sind auf Null.”

Hans-Jürgen Thies, CDU

In einigen Fällen – meiner Ansicht nach in zu vielen Fällen – werden unübersichtliche Regelungen in Entwürfe geschmuggelt, nicht alle Absichten offengelegt, die im Ministerium dahinterliegen oder enge Zeitpläne vorgelegt.

Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen

Gerade die Vertreter:innen aus der Opposition kritisieren dieses Vorgehen und sehen darin einen deutlichen Informations- und Handlungsvorsprung für die regierungstragenden Fraktionen.

Es werden Fristen ignoriert und dann kriege ich auch noch sehr schlechte, also qualitativ wirklich grottige Antworten.

Anke Domscheit-Berg, Die Linke

Wie soll ich mit einer Mitarbeiterin gegen ein ganzes Haus wirklich agieren können?

Nadine Schön, CDU

Auch in der Eigenwahrnehmung der ausscheidenden Abgeordneten gelten die Oppositionsbänke folglich als besonders hart und unbequem. Regierungsunterstützende Abgeordnete hingegen verweisen auch auf Beispiele, in denen das Parlament handlungsstark auftritt – mitunter sogar in direkter Konfrontation zur Regierung.

Als Mitglied im Kabinett erlebt man eine kritische Fraktion sehr intensiv, weil man auf die Zustimmung der eigenen Kolleginnen und Kollegen angewiesen ist. Die acht Jahre, in denen ich im Kabinett war, waren geprägt davon, wie man mit der Fraktion umgeht. Wie oft wir es mit störrischen Abgeordneten zu tun hatten in unseren Vorbesprechungen. [...] In der öffentlichen Wahrnehmung mag das anders sein, da ist man als Regierung immer interessanter. Aber im Umsetzen von Ideen ist das Parlament sehr einflussreich.

Monika Grütters, CDU

Wir haben im Haushaltsausschuss schon brutalen Druck auf die Minister gemacht. Also die haben schon Angst, wenn sie in den Ausschuss müssen und Rede und Antwort stehen, da fangen die schon an zu schwitzen. [...] Wir haben auch unsere eigenen Minister völlig ins Kreuzverhör genommen. Ich bin Haushälterin und ich muss aufpassen, dass das Geld gut und vernünftig verwendet wird. Und da ist es egal, welche Farbe das Ministerium hat.

Claudia Raffelhüschen, FDP

Auffällig ist, dass die Kritik an herausfordernden strukturellen Rahmenbedingungen häufig mit einer appellativen Haltung einhergeht, nämlich den bestehenden Handlungsspielraum für die parlamentarische Gestaltungs- und Kontrollfunktion aktiv und eigeninitiativ zu nutzen. Entsprechend beziehen sich Reformvorschläge vor allem auf die Stärkung der parlamentarischen Eigenverantwortung und eine verbesserte personelle Unterstützung.

Das System gibt diese Kontrollmöglichkeit durchaus her. Es ist die Frage, wie man es als Abgeordneter, als Fraktion erfüllt. Es ist die politische Entscheidung einer jeden Fraktion.

Astrid Damerow, CDU

Von manchen wird auch mehr Zeit für Beratungen gefordert. Hierzu gibt es derzeit Bestrebungen der Bundestagsverwaltung, die von den Fraktionen aufgegriffen werden sollten.

Die Interviews zeigen: Die parlamentarische Gestaltungs- und Kontrollmacht ist zwar aus unterschiedlichen Gründen zunehmend erschwert, der Bundestag bleibt jedoch handlungsfähig und wird auch von den befragten Abgeordneten nicht als machtlos empfunden. Letztlich hängt die Handlungsfähigkeit maßgeblich vom politischen Willen und der kollektiven Kraft der den Bundestag konstituierenden Fraktionen ab. Hier weisen die Interviews auf große fraktionsübergreifende Gemeinsamkeiten hin, auf die eine zukünftige Initiative zur Stärkung des Parlaments zurückgreifen könnte.

5. Ansatzpunkte für eine Modernisierung des parlamentarischen Betriebs

Status Quo: Persönliche Resilienz statt strukturelle Lösungssuche

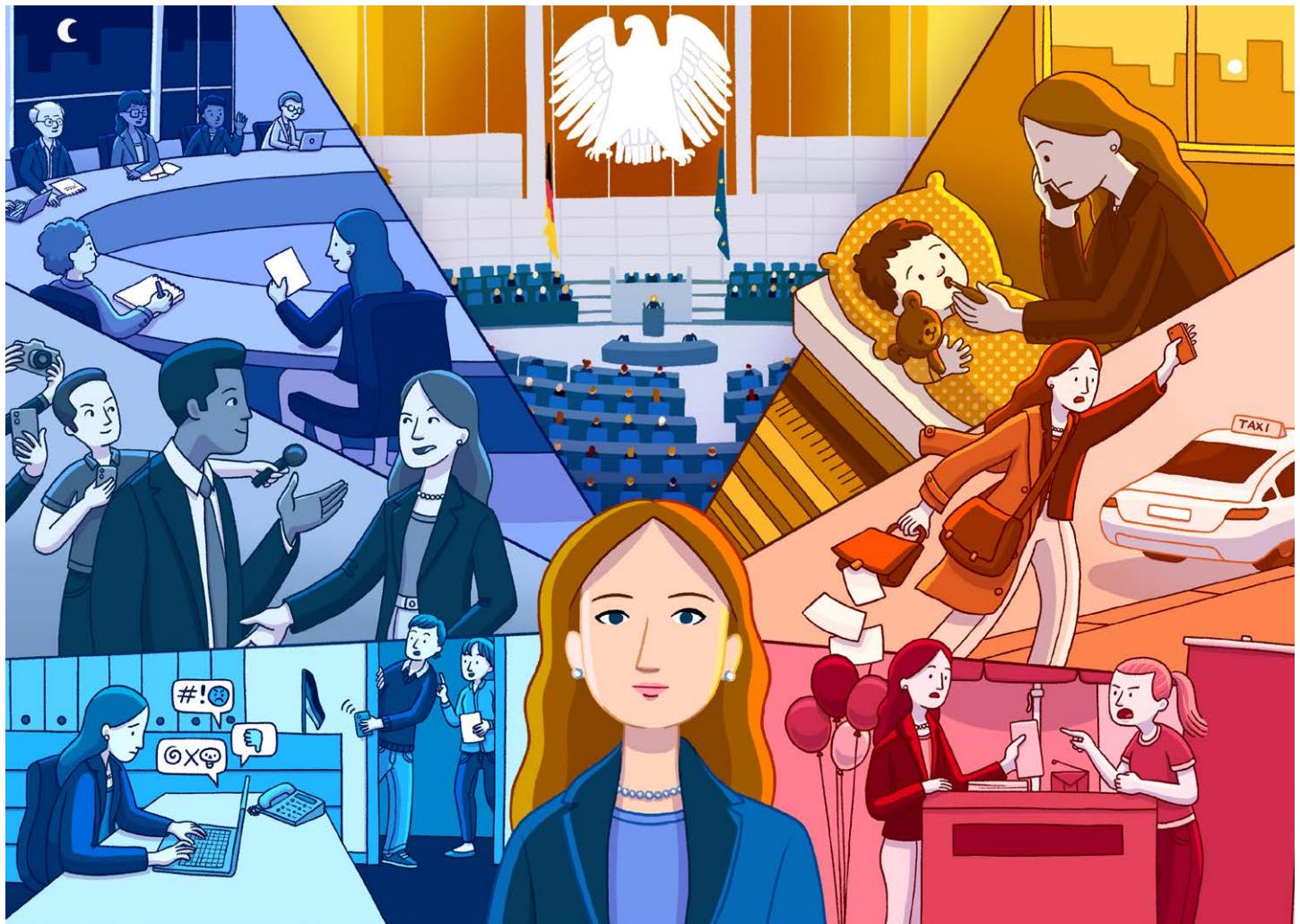
Die Tiefeninterviews dieser Studie bieten eine seltene Innenperspektive auf die parlamentarische Praxis und ihre wichtigsten Protagonist:innen, die Abgeordneten. Diese zeichnen ein vielschichtiges und ehrliches Bild des parlamentarischen Alltags zwischen politischer Gestaltungskraft und institutionellen Grenzen, zwischen Selbstverantwortung und strukturellen Hürden, zwischen Repräsentationsauftrag und persönlicher Belastung. Trotz aller Kritik und Problematisierungen wird deutlich: Es besteht unter den gewählten Volksvertreter:innen ein tiefes Grundvertrauen in die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und zugleich das klare Bewusstsein, dass ihre Zukunftsfestigkeit auch in der Eigenverantwortung der Abgeordneten und Fraktionen selbst liegt. Dass es hierfür auch struktureller Reformen bedarf, und hierfür Initiativen aus der Mitte des Bundestages nötig wären, kam weniger zur Sprache.

Das Bundestagsmandat ist mehr als eine politische Funktion – für viele ist es eine demokratische Herzensaufgabe mit enormen Anforderungen an Zeit, persönliche Resilienz und Integrität. Die eigene Erfahrung und individuelle Lebensrealität hat großen Einfluss darauf, wie die Arbeitsrealität im Parlament wahrgenommen und interpretiert wird.

Viele der geschilderten Belastungen, etwa im Hinblick auf ineffiziente Abläufe, überbordende Bürokratie oder die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Mandat sind keine neuen Phänomene. Neu ist ihre Verdichtung und ihre teils krisenhafte Zuspitzung. Der rauere Umgang und zunehmende Konflikte erschweren eine Verständigung auf grundlegende Reformen etwa in Hinblick auf eine Modernisierung der internen Prozesse, eine Stärkung der Rolle des Parlaments im politischen Institutionengefüge sowie den Erhalt seiner Funktionsfähigkeit.

Kompetenzen moderner politischer Führung, die den Abgeordneten Orientierung und Unterstützung bei der Bewältigung gerade neuer Herausforderungen – etwa im Umgang mit der digitalen Öffentlichkeit und der konfliktreichen politischen Kultur, aber auch in praktischen Fragen wie Personalmanagement und Work-Life-Balance – geben könnten, sind rar. Generell scheint das Bewusstsein für das hohe und zunehmend komplexe Anforderungsprofil der Berufspolitiker:in wenig ausgeprägt zu sein.

Diese herausfordernden Arbeitsbedingungen verschlechtern nicht nur die berufliche Zufriedenheit der MDBs, sondern dämpfen auch ihre politische Gestaltungskraft. Der Blick nach vorn bleibt nicht aus Mangel an Willen und Bewusstsein aus, sondern weil der politische Alltag durch permanente Taktung und hohe Komplexität geprägt ist, die viel Energie rauben. Hinzu kommt, dass viele ehemalige Abgeordnete keine klaren institutionellen Zuständigkeiten für die Weiterentwicklung parlamentarischer Arbeitsbedingungen erkennen. Es liegt nahe, dass sie aufgrund ihrer besonderen Stellung die Verantwortung vor allem bei sich selbst sehen und eine „Ich schaffe das schon alleine“-Mentalität an den Tag legen. Ohne strukturelle Verankerung und verlässliche Rahmenbedingungen droht diese Aufgabe jedoch zwischen Fraktionen, Präsidium und Bundestagsverwaltung unterzugehen.



Auch das Selbstverständnis demokratischer Repräsentation ist stark an individuelle Haltungen gebunden. Viele Gesprächspartner:innen berufen sich auf persönliche Verantwortung, eigene Standards und ein starkes Pflichtbewusstsein. Diese Personalisierung politischer Verantwortung birgt jedoch auch Risiken: Sie macht politische Wirksamkeit abhängig von individuellen Ressourcen, Netzwerken und dem Durchhaltevermögen Einzelner – und erschwert gleichzeitig strukturelle Entlastung und institutionelle Lernprozesse.

Handlungsempfehlungen: Verbesserte Arbeitsbedingungen für ein gestärktes Parlament

Eine Modernisierung und Stärkung des Parlaments, der sich sowohl Bundesregierung als auch Bundestagspräsidium verschrieben haben, sollte also die

Arbeitsbedingungen der einzelnen Abgeordneten als zentrale Dimension mitbedenken. Im internationalen Vergleich ist die personelle und verwaltungsseitige Unterstützungsstruktur der Abgeordneten gut ausgebaut – etwa durch Bundestagsbüro, wissenschaftlichen Dienst sowie die Abteilung Mandatsdienste in der Parlamentsverwaltung (Schüttemeyer 2019). Mängel zeigen sich eher dort, wo sich etablierte Prozesse nicht an neue Realitäten angepasst haben. Zu diesen Realitäten zählen die Bedürfnisse von Abgeordneten, die im Alltag Care-Arbeit bewältigen müssen, aber auch die noch weitgehend unerfüllten Potentiale der Digitalisierung. Dazu gehören aber auch Kompetenzmängel im Bereich „moderner politischer Führing“, der wesentlich zur Bewältigung komplexer Anforderungen ist. Zu berücksichtigen wären hierbei neben zeitgemäßen Führungskompetenzen auch Fragen mentaler Gesundheit sowie der Umgang mit Sozialen Medien.

Zu diesem Zweck sollte ein systematisches und evidenzbasiertes Unterstützungsangebot für die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter:innen aufgebaut werden. Unter der Federführung des Bundestagspräsidiums könnte eine regelmäßige Befragung aller im Bundestag beschäftigten Personen aufgesetzt werden, deren Ergebnisse in konkrete Maßnahmenpakete einfließen würden. Als Benchmark eignen sich internationale Normen und Best-Practice-Regeln für das Berufsfeld Politik, die gerade im Entstehen sind (Better Politics Foundation 2024; Kofi Annan Foundation 2024). Ebenso ließe sich von konkreten Praktiken anderer Parlamente wie in Großbritannien und Australien lernen. Sie haben beispielsweise eine Service-Abteilung im Parlament etabliert, die Unterstützung bei Personalführungsfragen, aber auch Coaching und Konfliktmoderation anbietet.⁸ Zudem könnte die Bundestagsverwaltung, dem Ansatz dieser Studie folgend, die Praxis etablieren, Exit-Interviews mit allen aus dem Bundestag ausscheidenden Parlamentarier:innen durchzuführen, um deren Hinweise und Reflexionen für die Verbesserung der parlamentarischen Arbeit zu nutzen.

Zusätzlich und darauf aufbauend sollten die bereits bestehenden Trainings- und Mentoringprogramme für neue Abgeordnete weitergeführt und auch Nicht-Neulingen angeboten werden. Auch erfahrene und prominente Abgeordnete als Ratgeber:innen beziehungsweise Mentor:innen können hier wichtige informelle Beiträge leisten. Daneben sind der Ausbau der digitalen Infrastruktur und effizientere Abstimmungsmodalitäten, familienfreundlichere Terminierungen der Sitzungswochen und Abstimmungen sowie klarere Regeln für Debatten und den Umgang miteinander innerhalb des Parlaments wichtige Stellschrauben, um die Arbeit der Abgeordneten zu erleichtern. Ebenso sollten die Bestrebungen zur Stärkung der Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung weiterverfolgt werden. Dazu zählen kürzere Fristen für Antworten der Regierung, Sanktionen bei

unzureichenden Antworten, die Ausweitung von Informationspflichten sowie Mindestfristen und Transparenzvorgaben für den Gesetzgebungsprozess.

Neben den Verfahren innerhalb des Parlaments gibt es auch Veränderungsbedarf in den Bereichen, in denen Abgeordnete mit der Öffentlichkeit und ihren Wähler:innen in Beziehung treten. Hier sind neben den Politiker:innen selbst auch die Medien, Akteur:innen der politischen Bildung sowie die breitere Bevölkerung angesprochen. Der Frage, wie produktive Beziehungsarbeit zwischen Repräsentant:innen und den durch sie Repräsentierten konkret gestaltet werden kann, werden wir uns in zukünftigen Studien und Aktivitäten zuwenden. Verbesserte Rahmenbedingungen im Parlament sind jedoch eine wichtige Voraussetzung, um den Abgeordneten mehr Zeit für solche Begegnungen zu geben.

Wie die Demokratie an und für sich ist auch der Bundestag in seiner Funktion und Arbeitsweise neuen und tiefgreifenden Herausforderungen unterworfen. Diese reichen von neuartigen politischen Diskursformen in der digitalisierten Öffentlichkeit über stark gestiegene Erwartungen an „die Politik“ (und den daraus resultierenden Enttäuschungen und Entfremdungen) hin zum schwierigen Umgang mit politischen Akteur:innen, die die Grundlagen der parlamentarischen Arbeit und der repräsentativen Demokratie in Frage stellen oder aktiv zu unterminieren versuchen. In diesem Kontext ist es von großer Bedeutung, dass die Abgeordneten von überflüssigen Lasten durch ineffiziente Prozesse und bürokratische Aufgaben befreit sind. Passgenaue Unterstützungsangebote können in diesem Sinne dazu beitragen, dass die Parlamentarier:innen sich ihrer eigentlichen politischen Arbeit und damit dem Schutz, der Gestaltung und der Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens widmen können. Hierfür will diese Studie sensibilisieren und erste Handlungsimpulse liefern.

8 UK Parliament Modernisation Committee (2025, 13. Februar). *Modernisation Committee pushes ahead with change agenda*. UK Parliament. <https://committees.parliament.uk/committee/736/modernisation-committee/news/205253/modernisation-committee-pushes-ahead-with-change-agenda/>

Einwurf

Liste der Interviewteilnehmer:innen

Mario Brandenburg
Leni Breymaier
Astrid Damerow
Anke Domscheit-Berg
Uli Grötsch
Monika Grüters
Michael Hennrich

Stefan Kaufmann
Renate Künast
Cansel Kiziltepe
Markus Kurth
Sylvia Lehmann
Tobias Lindner
Yvonne Magwas

Takis Mehmet Ali
Falko Mohrs
Beate Müller-Gemmeke
Frank Müller-Rosentritt
Claudia Raffelhüschen
Axel Schäfer
Nadine Schön

Kordula Schulz-Asche
Mathias Stein
Diana Stöcker
Hans-Jürgen Thies
Marco Wanderwitz
Sowie vier anonyme
Teilnehmer:innen

Danksagung

Wir danken der pollytix strategic research GmbH für die gute Zusammenarbeit bei der Konzeption des Studiendesigns, des Interviewleitfadens, der Durchführung der Gespräche mit den ausgeschiedenen Abgeordneten sowie der Analyse der Ergebnisse. Wir danken ebenfalls den Gesprächspartnern diverser Hintergrund-

gespräche sowie den externen Kommentator:innen Lennart Hagemeyer (pollytix), Philip Husemann (JoinPolitics), Alexander Kühne (Institut für Parlamentarismusforschung), und Corina Scholz (BetterPolitics) für konstruktive und hilfreiche Anmerkungen zum ersten Entwurf der Studie.

Autoren



Dr. Finn Heinrich

finn.heinrich@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 275788 188
Finn Heinrich ist Director im Programm „Demokratie und Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung.



Carlo Greß

carlo.gress@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 275788 170
Carlo Greß ist Project Manager im Projekt „Demokratie erneuern“ der Bertelsmann Stiftung.

Weiterführende Literatur

Best, Volker, Frank Decker, Sandra Fischer und Anne Küppers (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft*. Bonn. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Better Politics Foundation (2024). „Political leadership norms: A new framework for reimagining politics. A case study on women's political leadership (Briefing report)“. Better Politics Foundation. <https://www.betterpolitics.foundation/report/political-leadership-norms%3A--a-new-framework-for-reimagining-politics> (Download: 24.07.2025).

Deutscher Bundestag (2021, 3. Februar). „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger“. (BT-Drs. 19/26419). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/264/1926419.pdf> (Download: 10.07.2025).

Deutscher Bundestag (2023, 12. Mai). „Unterrichtung durch die Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit: Abschlussbericht“. (BT-Drs. 20/6400). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006400.pdf> (Download: 10.07.2025).

Deutscher Bundestag (2024, 2. Juli). „Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages“. (BT-Drs. 20/12088). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/120/2012088.pdf> (Download: 10.07.2025).

Deutscher Bundestag (2025, 30. April). „Statistik der Gesetzgebung – 20. Wahlperiode“ [Parlamentsdokumentation]. https://www.bundestag.de/resource/blob/870008/gesetzgebung_wp20.pdf (Download: 10.07.2025).

Johnstone, Rachael (2024). „When the House is Not a Home: Assessing the Family-Friendliness of Canadian Legislatures“. *Canadian Journal of Political Science* 57(2). 278–300. <https://doi.org/10.1017/S0008423924000167>.

Kofi Annan Foundation (2024, 18. April). „Leadership Excellence in Politics (LEiP)“. <https://www.kofiannanfoundation.org/elections-democracy/leadership-excellence-in-politics-leip/> (Download: 04.08.2025).

Maurer, Marcus und Pablo Jost (2020). „Das Ende der Debattenkultur?“. *Zeitschrift für Politik* 67(4). 473–490.

Schüttemeyer, Suzanne S. (2019). „Der Deutsche Bundestag und seine Akteure.“ Bundeszentrale für politische Bildung. *Der Deutsche Bundestag und seine Akteure | Parlamentarische Demokratie* | bpb.de

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Finn Heinrich

Redaktionsassistenz und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

Oktober 2025 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Demokratie und Zusammenhalt« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, der Diskurs- und Konfliktfähigkeit, des Engagements und Miteinanders, der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren und der Zukunftsgerechtigkeit.